

# Ausperrung aller Holzarbeiter in ganz Deutschland

(Eigene Drahtmeldung.) Triesen, 13. Juni

Die Holzarbeiter von Triesen und Jenzenroba wurden heute morgen ausgesperrt. Die Holzarbeiter fordern 1 Mark Stundenlohn während die Unternehmer nur 6 Pfg. Zulage bewilligen wollten. Der ganze Gau Sachsen, zu dem Jenzenroba und Triesen gehören, ist ab heute mit seinen rund 30 000 Holzarbeitern ausgesperrt.

(Eigene Meldung.) Jena, 15. Juni

In Gotha, Weimar und anderen Städten Thüringens werden in den Betrieben Bekanntmachungen erlassen, in denen sofortige Entlassung der gesamten Arbeiter, soweit sie dem Landeslohntarifvertrag für das Holzgewerbe in Thüringen unterstehen, ausgesprochen wird. In diesen Bekanntmachungen heißt es:

„Der Verein Thür. Holzindustrieller hat beschlossen, in Abwehr der vom „Deutschen Holzarbeiterverband“ eingeleiteten Kampfmaßnahmen und wegen der Unmöglichkeit der Erfüllung der gestellten Forderung auf Erhöhung der Beitragsquote in Thüringen um 25 Prozent, sämtliche dem Landeslohntarifvertrag für das Holzgewerbe in Thüringen unterstehenden Arbeiter (Gesellen, Gesellen), soweit sie Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind, zum Ablauf der regelmäßigen Arbeitszeit des 13. Juni 1925 auszusperrn.“

Von der Ausperrung werden diejenigen Arbeiter (Gesellen, Gesellen) nicht betroffen und zu den bisherigen Arbeitsbedingungen weiterbeschäftigt, die der Betriebsleitung bis zum Tagesablauf des 13. Juni den schriftlichen Nachweis ihrer Mitgliedschaft zum Deutschen Holzarbeiterverband seit 1. Juni 1923 erbringen.“

(Eigene Drahtmeldung.) Nürnberg, den 15. Juni

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie beschloß in seiner außerordentlichen Tagung in Augsburg mit allen gegen zwei Stimmen die Ausperrung sämtlicher Holzarbeiter und Schreiner in ganz Deutschland. Die Erhöhung des Stundenlohnes auf 112 Pfg. wurde abgelehnt.

Gotha, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Biancofabrik Hupfeld hat ebenfalls die Ausperrung verfügt. Entgegen den Ablehnungsverweihen des Holzindustriellen-Verbandes wird auf denjenigen Arbeiter, welche aus dem DBV. austreten, Weiterbeschäftigung versprochen.

Nachdem die Holzindustriellen am Sonnabend ihren Beschluß auf Ausperrung durchführten, läßt sich heute, soweit eine Ueberblick bis jetzt vorhanden ist, feststellen, daß es besonders die Unternehmer der Klavierindustrie sind, die bisher dem Ausperrungsbeschlusse teillos Folge geleistet haben. Zurzeit stehen im Gau Dresden des Holzarbeiterverbandes circa 4500 Holzarbeiter im Kampfe. Eine Anzahl größerer Firmen ist bisher dem Ausperrungsbeschlusse der Unternehmerorganisation nicht gefolgt. In der Stimmabgabeindustrie in Rabenau sowohl als auch in der Möbelindustrie in Willabruff und im Plauenischen Gründe war dem Ausperrungsbeschlusse gestern Abend noch keine Folge geleistet worden. Wie bekannt geworden ist, wollen diesmal die Unternehmer dieser Branchen, die bei der letzten großen Bewegung der Holzarbeiter im vergangenen Jahre eine schwere Schlappe erlitten haben, diesmal etwas vorsichtiger sein und zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Wie aus der Tagespresse bekannt wird, wollen die der Innung angehörenden Unternehmer erst am Mittwoch über die Beteiligung an der Ausperrung Beschlüsse fassen, es ist jedoch mit einer weiteren Verschärfung des Kampfes zu rechnen.

Der sich entwickelnde Kampf in der Holzindustrie, der den Holzarbeitern durch die troche Herausforderung der Unternehmer aufgeworfen wurde, u. der einen platten Tarifbruch seitens der Unternehmer darstellt, gibt erneut den Beweis, daß die Unternehmer auf alle Verträge stellen, wenn ihnen der Zeitpunkt als günstig erscheint, den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen. Die Arbeiter sollten daraus auch bei künftigen Bewegungen die notwendigen Lehren ziehen. Tariffragen sind Nichtfragen. Eine erfolgreiche Abwehr dieses Angriffes der Unternehmer auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Holzarbeiter ist im Interesse der Gesamtarbeiterschaft unbedingt notwendig, kann aber nur erfolgen, wenn wieder von den Unternehmern provozierte Kampfmaßnahmen in der ganzen Front entzündet werden. Die Erneuerung dieses Kampfes auf die gesamte Holzindustrie und seine praktische Unterbrechung durch die Gesamtarbeiterschaft, das ist die Voraussetzung eines endgültigen Sieges.

## Holzarbeiterausperrung in Leipzig

Leipzig, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) 1100 Holzarbeiter im Streik. Die Großbetriebe haben teillos ausgesperrt, die Kleinbetriebe teilweise.

## Bauarbeiterstreik in Baden — 4000 Bauarbeiter im Kampf

In ganz Baden sind die Bauarbeiter in den Streik getreten. In den Industriestädten Mannheim, Ludwigsfelde, Heidelberg und Weinstadt finden noch Verhandlungen statt, durch die der Streikandehls wahrscheinlich wird. Die Krone der Arbeiter ist bereits gespalten. Eine große Anzahl haben die Forderungen der Bauarbeiter bereits bewilligt.

## Streik der Metallarbeiter in Lübeck

Seit Mittwoch den 10. Juni haben die Metallarbeiter Lübecks, 2400 an der Zahl, im Streik. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung des Lohnes um 10 Pfg. in der Sparte. Die Unternehmer hatten zuerst jegliche Forderung abgelehnt, wollten aber später an der Spitze den Lohn um 5 Pfg. erhöhen. Die Arbeiter lehnten in einer Urabstimmung den Schiedsspruch ab und die Betriebsrat beschloß den Streik, der teillos durchgeführt wird. Die Unternehmer haben für den Fall, daß am Montag den 15. Juni die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, die Entlassung aller Arbeiter angedroht.

## Ausbreitung des Hafenarbeiterstreiks im Ruhrgebiet

W. E. meldet: Berlin, 16. Juni. Zu dem Streik der Hafenarbeiter im Ruhrgebiet berichten die Morgenblätter, daß die Hafenarbeiter in Rann und Sparte beschloßen haben, sich dem Streik anzuschließen. Seit gestern hat der gesamte Verkehr im Rheinebene-Kanal gestillt. Die Rheinebene scheint auch auf andere Hafenorte im Rhein-Ebene-Kanal überzugreifen. Dort fordern die Hafenarbeiter Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 80 Pfg. und drohen im Falle der Nichtbewilligung, sich dem Streik anzuschließen.

## Vor einem neuen Eisenbahnerstreik

W. E. meldet: Berlin, 16. Juni. Die Generalversammlung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Württemberg, beschloß den Blätter zufolge nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Groß einstimmig in einem Telegramm an die Reichspostverwaltung zu verlangen, daß die Ortszulage für die Reichspostbahnarbeiter in den Industriegebieten auf 50 Prozent und für das übrige Gebiet auf 30 Prozent festgelegt werde. Wenn die gesamten Lohnverbesserungen nicht erfolgen, ist wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, die Arbeitsniederlegung unumvermeidlich. Die Güterbahnarbeiter des Hauptbahnhofes in Stuttgart haben die Arbeit bereits niedergelegt.

## Stillelegung von Eisenbahnwerkstätten

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des „Volk-Anzeiger“ beschloß die Reichsbahn-Gesellschaft die Stillelegung folgender Eisenbahnwerkstätten: Berlin 2, Markgrafendamm, Berlin Lehrter Bahnhof, Breslau 4, Erfurt, Minden, Mainz, Gießen und Gießen, ferner Arnberg, Breslau 1 und Bugau, die Werkstätten Ruitzeil und Schwertig sollen teilweise stillgelegt werden.

## Behordestehende Massenentlassungen im Ruhrbergbau

Berlin, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „D. Z.“ aus Eisen in einem Eigenbericht meldet, liegen dem Demobilisationskommissar Urträge auf Kündigung von 5700 Bergarbeitern vor, die in der nächsten Zeit entlassen werden sollen.

## Die Zwickauer Metallarbeiter für die internationale Gewerkschaftseinheit

Zwickau, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitgliederversammlung des DBV, Zahlstelle Zwickau, nahm mit den Stimmen der kommunistischen und SPD-Arbeiter gegen den fanatischen Widerstand der Bürokraten folgende drei Anträge der Gewerkschaftsopposition zum 12. Gewerkschaftskongreß an: 1. Ausschluß der freien Gewerkschaften Deutschlands an das englische Einzelstellensystem, 2. Delegationen deutscher Arbeiter nach Sowjetrußland zum Studium der Verhältnisse der Sowjetunion, 3. Erhöhung der bestehenden Tarife für eine Pflanz Grundlohn. Mit Unterstützung der SPD-Arbeiter wurde ein oppositioneller Kassege als Delegierter zum Kongreß aufgestellt.

Was tut dagegen der DGB? Die Gewerkschaftsführer legen ihre Hauptaufgabe in Volkswirtschaftlichkeit. Die Kämpfe der Arbeiter zu organisieren und durchzuführen lehnen sie ab. Jetzt wo die Holzindustriellen Hunderttausend Arbeiter auf die Straße geworfen haben, lehnen die Gewerkschaftsführer es ab, mit einem ausgedehnten Generalstreik auf die Unternehmerrückkehr zu antworten. Statt dessen veröffentlichte der DGB eine Rundgebung, in der er sich gegen die falsche Darstellung der Wirtschaftslage, der Lohn- und Gehaltspolitik „aus spricht“, und erklärt, der innere Markt müsse aufnahmefähig gemacht werden. Ja, aber wie soll das geschehen? Wenn der innere Markt aufnahmefähig sein soll, dann müssen die Löhne und Gehälter heraufgehoben werden. Das bedeutet, der Mehrwertgewinn der Unternehmer muß eine Einschränkung erfahren. Das werden die Unternehmer aber nicht freiwillig durchführen. Deswegen ist die Bettelnote des DGB einen Preis wert. Nur dazu angetan, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, praktisch den Unternehmern zu helfen. Also die dargelobene Hand der Unternehmer anzunehmen. Die Arbeiter dürfen auf diesen neuen Trick des DGB nicht hereinfallen. Sie müssen überal selbst zu den Dingen Stellung nehmen.

Organisiert die Einheitskomitees gegen den neuen Unternehmer-Kampfbau! Kämpft für die Produktionskontrolle! Gegen den Zollwucher und Steuerraub!

## Die Rentner werden bestohlen

Beseitigung aller Renten bis zu 10 Prozent.

In der Pressenotiz des Sozialpolitischen Ausschusses, in der die zweite Lesung der Konzepte zum Unfallversicherungsgesetz als Auswurf, die an sich für sich schon recht geringen Verbesserungen der Konzepte durch die erste Lesung wieder zu heilen. In der Frage der Krankenversicherung überhaupt, inwiefern in der Frage der Krankenversicherung, der Berufsfürsorge usw. liegen die Vorschläge der Regierung darauf hinaus, die alte Willkürherrschaft der Berufsvereine gegenüber den Unfallverletzten nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu verschärfen. Mithin den Kommunisten lassen alle anderen Parteien der Regierung entgegen. So wurde unter anderem mit den Stimmen der Sozialdemokraten ein Antrag der Kommunisten abgelehnt, der von der Reichsregierung verlangt, einen Gehaltsausgleich vorzulegen, der die Unfallversicherung ausdehnt auf alle Personen, die dem Krankenversicherungspflicht unterliegen oder sich in irgend einem Anstellungsverhältnis befinden, wenn ihr Einkommen 8400 Mark nicht übersteigt. Mit der Ablehnung dieses Antrages haben sich die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten gegen die weite Kreise noch nicht von der Unfallversicherung erfahrener Arbeiter und Angestellten erklärt, die in wiederholten Eingaben zum Teil durch ihre Organisationen die Einbeziehung in die Unfallversicherung forderten. Des weiteren wurde ein Antrag der Kommunisten abgelehnt, der die Bildung der Ausschüsse der Berufsvereine fordert, die bei der Durchführung der Krankenversicherung und Berufsfürsorge mitzuwirken haben. Diese Ausschüsse sollten außerdem zuständig sein für die Behandlung der von den Unfallverletzten erhobenen Forderungen.

Damit, daß der Ausschuß den kommunistischen Antrag ablehnt, hat er sich für die reaktionären Berufsvereine erklärt und gegen die Unfallverletzten erklärt.

Ein weiterer Antrag der Kommunisten, der die Erstattung von Kosten von Seite des Unfalls anfordert, wurde ebenfalls abgelehnt.

Die reaktionäre Mehrheit des Ausschusses wird wohl am besten gekennzeichnet durch einen gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien. Bei der Berechnung der Rente wird praktisch das bisherige, von den Unfallverletzten hart bekämpfte Drittelungsverfahren im Gegeniaz zum Beschluß des Ausschusses in erster Lesung, nach dem sieben Zehntel des Jahresarbeitsverdienstes als Kosten geltend, wieder hergestellt. Die Rente wird nach diesem im Ausschuß angenommenen Antrag nur zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes betragen.

Reaktionäre als die ursprüngliche Regierungsvorlage ist ein Antrag derselben Antragsteller, der die Beseitigung aller Renten aus der Unfallversicherung fordert, die an Unfallverletzte gezahlt werden, die nicht mehr als ein Zehntel in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind, während die ursprüngliche Regierungsvorlage eine Restierung der Renten forderte, die an Personen, die nicht mehr als ein Fünftel in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind, gezahlt werden, fordert also die sich auch Volksvertreter nennenden Abgeordneten der bürgerlichen Parteien die Beseitigung aller Renten bis zu 10 Prozent.

Diese Angehörigkeit, circa 125 000 Rentenzüchler die tägliche Rente zu rauben und somit ihre Ansprüche an die Berufsvereine einfach zu annullieren, wurde in der bekannten Weise mit der allgemeinen Wirtschaftslage begründet.

Rentenrückstellung, Rentenquerschnitt, Einengung der Rechte der Verletzten, das ist die Sozialpolitik der Regierung Luther und der Parteien, die hinter ihm stehen.

## Arme „Linke“

In ihrem Mitteilungsblatt schreiben die 23 Rechten über eine Konferenz aus Döbeln:

„Einige Parteizeitungen Sachsen brachten vor kurzem einen Bericht über Gemeindevorstandskonferenzen, wonach mit den 23 wegen ihres Verhaltens in der Gemeindeordnung „abgerufen“ wurde. Dabei wird auch die am 10. Mai in Döbeln stattgefundene Konferenz erwähnt und dazu erklärt: „Eine Entschliessung fand nicht statt“. Wahr dagegen ist, daß in dieser Döbelner Konferenz, in der auch Rechte zu Worte kam, eine Entschliessung abgelehnt wurde, die sich gegen die 23 und die Abänderungsnabelle richtete. Eine Vertiefung, die zum Beispiel daraufhin dem Zwickauer Volksblatt zugewandt wurde, wurde von diesem nicht gebracht.“

Von einer Gemeindevorstandskonferenz, auf der Empörung gegen die Abänderung der Gemeindeordnung gewesen sei, schreiben die Rechten:

„Das „große Interesse“ der sozialistischen Gemeindebeamten zeigte sich in Wirklichkeit darin, daß ganze sieben Gemeindebeamten erschienen waren.“

Ist es wirklich so schwach bestellt mit dem Einfluß der Linken, dann sollen sie Farbe bekennen.

## Der Misstruensantrag gegen Schiele abgelehnt

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichstag wurde gestern ein kommunistischer Misstruensantrag gegen die Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und eines Teiles der Demokraten abgelehnt.

## Wieder Hausdurchsuchungen in einer Parteibuchhandlung

Stuttgart, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonnabend unternahm die Polizei eine Hausdurchsuchung in der Parteibuchhandlung. Sie verfaßte, die Broschüren „Barrikaden an der Ruhr“ und „Das Blutbad von Halle“ zu beschlagnahmen.

## Der Bezirksparteitag Westfalens für die Beschlüsse des J. A.

Leipzig, 15. Juni. Der Bezirksparteitag Westfalens folgte mit großer Mehrheit einer Entschliessung, in der er sich auf den Boden der auf dem letzten J. A. gefaßten Beschlüsse stellte.

## Gewaltige Wahlerfolge der Kommunisten in Frankreich

Am Sonntag fanden im Seinedepartement die Ergänzungswahlen zum Generalrat statt. In 21 Bezirken brachte der dritte Wahlgang ein politisches Ergebnis. In 19 Bezirken sind Stichwahlen notwendig. Bei den Wahlen am Sonntag erhielten die Kommunisten 4 Mandate, sie gewannen 3 Mandate. Die Sozialisten erhielten 5, die unabhängigen Sozialisten 5, die Radikalen 2, der nationale Block 5 Mandate. Das Gesamtergebnis ist ein Erfolg der Linken gegen den nationalen Block, dessen Mehrheit verdrängt wurde.

## Wieder Handelsvertragsverhandlungen zwischen Rußland und England

London. Der Sowjetvertreter Rakowski beabsichtigt nächster Tage nach Moskau zu fahren. Wie die „Times“ schreiben, wird er dort den Versuch machen, die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und England über einen Handelsvertrag wieder in Fluß zu bringen. Die englische Regierung hat die Verhandlungsbedingungen formuliert und man wird in Moskau beraten, ob eine neue Verhandlungsbasis sich schaffen läßt.

## Während der Untersuchung ermordet

In polnischen Sejm kam es Freitag zur Abstimmung über zwei Entwürfe der wehrkraftlosen Abgeordnetenfraktion. Der erste betraf über einen Ueberfall auf den radikalen wehrkraftlosen Abgeordneten Jeremis, der Antrag auf Bestrafung der an dem Ueberfall beteiligten Polizeifunktionäre wurde durch die Rechte und das christliche Zentrum niedergestimmt. Der zweite Antrag betraf über die Ermordung durch die polnische Polizei des „kommunistischen Agitatoren“ Bontowicz, die juristische Mißhandlung des Wehres Pieganosi.

Der Minister des Innern Dipinski ergriff das Wort, um nachzuweisen, daß der Ermordete kommunistische Tätigheit in der gefährlichen russischen Grenzzone geführt hatte und daß die Mörder keine Polizeifunktionäre, sondern „Konfidenten“, d. h. der jahle Propagandisten waren, die den Bontowicz so lange und gründlich „untersuchten“, daß er während der darauf folgenden Nacht starb. Der Minister protestierte gegen die Beischuldigung des Offizierskorps, das an dieser Hebeltat keine Schuld trage, mußte aber mitteilen, daß gegen den Oberleutnant Vogel und seine Offiziere ein Verfahren eröffnet werden mußte. Eine Entschädigung der Familie des Ermordeten konnte nicht in Frage, da die Mörder keine „Staatsbeamte“ waren. Zwischenruft des Abgeordneten Jeremis: Bei der standrechtlichen Erschießung des Jungkommunisten Engel wurde der Konfident Juzat als Staatsbeamter betrachtet. Der Antrag auf Bestrafung der Schuldigen und Einsetzung einer Untersuchungskommission wurde mit 103 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

## Der Blutterror Janoffs geht unbermindert weiter

Sofia, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Einige der zum Tode verurteilten Revolutionäre sind wegen der unumstößlichen Mißhandlungen in den Hungerstreik getreten. Neue Massenverhaftungen sind vorgenommen worden: in Sofia 3 angebliche Teilnehmer am Kathedralattentat, in Ferdinand 47 sogenannte „Verschwörer“. In Burgas wurde eine Geheimdienstentbedr und das Verjonal verhaftet.

123  
Dies  
wurde  
auf  
dem  
wege  
der  
Welt  
zu  
den  
großen  
Sachen  
des  
Tages  
zu  
den  
großen  
Sachen  
des  
Tages  
zu  
den  
großen  
Sachen  
des  
Tages  
zu  
den  
großen  
Sachen  
des  
Tages

Kauts  
(zu lernen)  
In der  
dem Bericht  
Freiheit  
die n  
des in  
Abteilung  
Heber  
Statt über  
dagegen  
provi  
wurden, i  
Dami  
daß es  
die von  
trahlich  
positiv  
Freiheits  
daß die  
die Darl  
letztlich  
ischen  
Volks  
gar ein  
Kommun  
bedin  
Die Volks  
Die  
Seine  
in den  
Wahl  
ih  
frei  
ionie  
lichem  
die Jen  
Heuer  
gegen  
glied  
die S  
dem Sch  
hau  
gewalt  
lung  
erwähnt  
nach  
Wer  
zeitung  
wird  
meh  
bet  
den  
miten  
als  
Gründu  
Am 11  
erste  
stell  
den  
gem  
Die  
der  
wer  
unter  
hört  
teilen  
an  
Milia  
ntlich  
der  
Heinr  
Eric  
sch  
Seitun  
allen  
Im  
matu  
„Neu  
Es  
die  
Stüh  
erm  
das  
Inter  
Woh  
hohen  
Die  
die  
entf  
Der  
dation  
Das  
Jans  
Bros  
Armen  
nicht  
das  
lassen  
mit